

### III. Probleme der politischen Moral

Wir beschränken uns auf zwei Probleme, das der Teilnahme der Bürger an Entscheidungen und das der Gewalt.

#### Die Teilnahme der Bürger an Entscheidungen

Ganz allgemein wendet man sich dagegen, daß Entscheidungen, die derart schwerwiegend das Leben der Bevölkerung beeinflussen, auf sehr hohem Niveau seitens des Präsidenten der Republik, der Regierung und qualifizierter Gruppen wie dem Kommissariat für Atomenergie oder der EDF gefällt werden sollen.

All dies stellt ein schwerwiegendes Problem dar: das des Funktionierens einer demokratischen Gesellschaft zur gegenwärtigen Zeit. Wie soll man eine Konsultation der Bürger quer durch die verschiedenen sie repräsentierenden Vereinigungen, quer durch die Gewerkschaften, die örtlichen Gemeinschaften durchführen? Wie lassen sich parlamentarische Debatten herbeiführen in Bereichen, die einen solchen Grad von technischen Verfahren erreicht haben, daß sich die Regierungsmitglieder selbst auf den Rat hochqualifizierter Experten verlassen müssen, die nicht gegen mögliche Irrtümer gefeit sind? Was für die friedliche Nutzung der Kernenergie gilt, das gilt in viel stärkerem Maße für ihre militärische Nutzung, aber auch für andere Bereiche wie die Industrie-, Gesundheits- und Bevölkerungspolitik.

Gab es, was die Politik der Kernkraftwerke angeht, wirklich eine parlamentarische Debatte, die die Gefährlichkeit des Einsatzes offenkundig werden ließ? Die Informationen, die man gegenüber den Gemeinden und der Bevölkerung gegeben hat, scheinen nicht ausreichend oder zur gewünschten Zeit gewesen zu sein. Wir stoßen hier auf eines der kritischen Probleme der modernen Demokratie. Es gibt ein Auseinanderklaffen zwischen dem durchschnittlichen Niveau der wissenschaftlichen Kenntnis der Bürger und selbst der Abgeordneten und Senatoren und dem technischen Verfahren der Probleme. Die Gefahr ist groß, die Entscheidungen einer Klasse höchst kompetenter Technologen zu überlassen, die gewisse Leute leicht als Technokraten einstufen, auch wenn dies verantwortliche Menschen sein können, die sowohl dem Gemeinwohl als auch dem Respekt vor Personen verpflichtet sind. Das von Creys-Malville gestellte Problem läßt auf exemplarische Weise offenkundig werden, worüber sich viele rechts, in der Mitte oder links bewußt werden, daß nämlich die wahre Demokratie erst noch erfunden werden muß, eine Demokratie, in der die Verantwortlichkeiten der Bürger und der sie repräsentierenden Instanzen mit den öffentlichen Mächten zusammenfallen, in der fortschreitend die politische Macht, deren eigentliche Funktion darin besteht, das Gemeinwohl zu sichern, indem sie den Ärmsten Priorität einräumt und die Beförderung aller erlaubt, sich wirksam die wirtschaftlichen, industriellen, finanziellen und technologischen Mächte zunächst auf nationaler, dann auf übernationaler Ebene unterordnet.

#### Das Problem der Gewalt

Die Demonstrationen gegen die Kernkraftwerke, gegen „alles Nukleare“, haben sich als Feste präsentiert, sie haben teilweise den Verlauf einer Kirmes angenommen. Was dabei in Creys-Malville wie in Larzac vorherrscht, ist die Gemeinschaft von Personen, die mobilisiert sind durch eine Sache, die sie für heilig halten, das ist der Bruch mit den täglichen Zwängen der Arbeit, des Ertrages, der Produktivität, des Transports, das ist die Forderung, den Werten der Unentgeltlichkeit mehr Platz einzuräumen, das ist die utopische Vision einer mit dem Universum versöhnten Menschheit, wo die Entfremdungen in der Arbeit und in den Dingen verschwunden wären, einer mit sich selbst versöhnten Menschheit, wo Klassenkampf und Krieg verschwunden wären. In diesen Demonstrationen finden sich gewisse Aspekte des Mai 1968 wieder.

Aber man sollte die Risiken der Gewalt nicht verhehlen. Es gibt die bei der Ortsveränderung von Zehntausenden von Menschen unvermeidliche Unordnung, denkt man an ungewisse Bedingungen von Unterkunft und Verpflegung und die bei jeder gegen irgend etwas gerichteten Demonstration möglichen Zornesausbrüche. Die Gewaltlosigkeit, die von Menschen wie Gandhi, Martin Luther King oder Hélder Câmara praktiziert wurde, ist eine geistige Haltung, die eine wirkliche Askese verlangt. Haben gewisse Umweltschützer nicht das Äußere ohne die inneren Anforderungen übernommen, die allein eine frohe und mächtige Kraft sein können? Haben die Organisatoren an einen wirkungsvollen Ordnungsdienst gedacht, wie ihn die Gewerkschaften aufzustellen wissen? Es gibt Gewalt, die freiwillig von Gruppen der extremen Linken entfesselt sein kann, die nur auf eine gewaltsame Revolution hoffen, um die Gesellschaft zu zerstören. Es gibt mögliche Gewalt von Gruppen oder Agitatoren der extremen Rechten: mehrere kürzliche Ereignisse bezeugen die Wiedergeburt des Faschismus.

In Fällen der Unordnung, des Wirrwarrs, von Plünderungen und Zerstörung der Einrichtungen ist es Aufgabe der öffentlichen Gewalt, die Ordnung wiederherzustellen. Dabei können noch wirkliche Gewalttaten durch die Erbitterung derjenigen, die im Dienst sind, provoziert werden. Die Anwendung der öffentlichen Gewalt kann nur unter der Bedingung legitimiert sein, daß es sich um schwere Unordnung handelt, daß sich jede andere Lösung als wirkungslos erwiesen hat, daß die gesetzlichen Anforderungen erfolgten und daß die Anwendung der Gewalt unter der Kontrolle derjenigen bleibt, die diese schwere Verantwortung tragen.

Diese Überlegungen sind gleichzeitig zu lang und zu kurz. Ich übergebe sie Ihnen in aller Einfachheit, ebenso an all die, die sie empfangen möchten, wobei ich ihnen allen versichere, nicht aufzuhören, ihre Nachforschungen, Befürchtungen und Hoffnungen zu teilen.

## Energiepolitik erfordert hohes Verantwortungsbewußtsein

### Stellungnahme des Kommissariats der deutschen Bischöfe

Die Auseinandersetzung über den Bau und die Inbetriebnahme von Kernkraftwerken, die der Energieversorgung dienen, wird in der Bundesrepublik Deutschland, aber nicht nur hier, von Befürwortern und Gegnern mit zunehmender Heftigkeit geführt. Der Bürger, der die Diskussion über die Kernenergienutzung

verfolgt, wird immer unsicherer; die politisch Verantwortlichen sind sich nicht einig, die Experten machen widersprechende Aussagen. Leider bietet die Kernenergie Diskussion für manche, die sich daran beteiligen, nur den Vorwand für die Durchsetzung anderer, sachfremder Ziele. Dabei gibt es Kräfte, die die demokrati-

schen Spielregeln grob mißachten und ihre Absichten mit Gewalt durchzusetzen versuchen.

Es ist nicht zu verkennen, daß in dieser Auseinandersetzung um die Kernenergie ein allgemeines Unbehagen an Begleiterscheinungen unserer wirtschaftlichen und technischen Entwicklung deutlich wird. Viele Menschen sehen entscheidende Grundlagen des Lebens bedroht; sie empfinden Angst und Sorge um die Zukunft.

Die bisherige Diskussion um die Kernenergie hat gezeigt, daß damit eine Fülle von Fragen zusammenhängt, wie etwa solche der Sozial- und Wirtschaftsordnung, der Sicherheit, der Demokratie, der Zukunft der Industriestaaten und der Welt überhaupt. Sie hat auch zu der weitgehenden Übereinstimmung geführt, daß das wirtschaftlich und technisch Machbare allein keine hinreichende Legitimation für die anstehenden Entscheidungen sein darf. Vielmehr müssen in größerem Umfang als bislang ethische Kategorien in die Entscheidungs- und Abwägungsprozesse eingehen.

Nach ihrem biblischen Auftrag und überlieferten Selbstverständnis können gerade der Kirche die sozialetisch bedeutsamen Voraussetzungen und Folgewirkungen der Kernenergienutzung nicht gleichgültig sein. Der Mensch hat, wie Papst Paul VI. es in seiner Botschaft an die Internationale Umweltschutzkonferenz 1972 ausdrückt, durch seine Gegenwart, seine Arbeit und seinen Geist zur Vervollkommnung und zur Veredelung der Umwelt beizutragen. Nach diesem biblischen, überzeitlichen Bild vom Menschen innerhalb der Schöpfung darf sein Herrschaftsauftrag nur als ein Bebauen und Bewahren (1. Buch Moses 2, 15) verstanden werden. Mit dem Herrschaftsauftrag wird die belebte wie die unbelebte Schöpfung nicht der Willkür ausgeliefert, sondern ist der Verantwortung des Menschen anvertraut. Die Erde darf deshalb nur in einer Weise genutzt und geformt werden, daß sie allen Menschen, auch künftigen Generationen, eine menschenwürdige Heimat bieten kann. Die Kirche muß hier mit Nachdruck darauf hinweisen, daß der Mensch nicht beliebig mit der Schöpfung umgehen, die Natur ausbeuten und ihre Reichtümer verschwenden darf. Wie Gerechtigkeit und Nächstenliebe es verbieten, daß der Wohlstand nur wenigen zugute kommt auf Kosten ihrer Mitbürger oder benachteiligter Völker, so darf auch unsere Generation die Güter der Erde nicht ohne Rücksicht auf nachfolgende Generationen verbrauchen. Der Mensch, nach Gottes Ebenbild geschaffen, darf unter keinem Vorwand als Mittel zum Zweck erniedrigt, in seinen humanen Entwicklungsmöglichkeiten gehindert oder um eines vermeintlichen Fortschritts wegen wirtschaftlich-technologischen Zwängen ausgeliefert werden.

Zweifellos haben weite Bereiche der Technik in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beigetragen. Diese Entwicklung beruht in entscheidendem Maße auf einer entsprechenden Verfügbarkeit billiger Energie. Wir müssen heute allerdings erkennen, daß die traditionellen Energieträger bei gleichbleibendem oder gar steigendem Energieverbrauch in absehbarer Zeit zur Neige gehen. Die Erdölreserven beispielsweise werden bei unverminderter Förderung wahrscheinlich in wenigen Jahrzehnten erschöpft sein. Zudem werden die traditionellen Energieträger zum Teil dringend für andere Zwecke als zur Energieerzeugung, etwa in der chemischen Industrie oder Landwirtschaft, benötigt.

Zur Vermeidung einer befürchteten Energielücke wird deshalb nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland in verstärktem Maß der Ausbau der Kernkraftwerkkapazitäten sowie die Nutzung

der Kernenergie gefordert. Die Kernenergienutzung, deren Eigenschaft zur Schließung einer solchen Energielücke im übrigen von manchen bestritten wird, sowie die damit zusammenhängende Entsorgung und der Transport radioaktiven Materials werfen aber wiederum Umwelt- und Sicherheitsprobleme auf, die in der bisherigen technischen Entwicklung ohne Beispiel sind. Die bei dem Kernspaltungsprozeß frei werdende Energie und Radioaktivität können verheerende Schäden anrichten, wenn nicht ausreichende Sicherheitsmaßnahmen getroffen sind. Außerdem fallen Spaltprodukte, „Atommüll“, an, die teilweise noch über Jahrtausende hinweg radioaktiv sind und entsprechend sicher gelagert werden müssen.

Wenn auch kein Zweifel daran besteht, daß in der Bundesrepublik Deutschland viel für die Reaktorsicherheit getan worden ist und wird, so kann doch niemand für eine absolute Sicherheit der Kernkraftwerke garantieren. Es ist unbestritten, daß immer ein gewisses „Restrisiko“ bleibt. Darüber hinaus bereitet die Entsorgung dieser Kernkraftwerke den Verantwortlichen noch beträchtliche Schwierigkeiten, die einerseits aus der Größe des Gefährdungspotentials und andererseits aus dessen ungeheuren zeitlichen Dimensionen resultieren. Nach dem gegenwärtigen Stand der Technik müssen unterirdische Lager geschaffen werden, bei denen sichergestellt sein muß, daß die Strahlungen der radioaktiven Abfälle auch noch in Jahrtausenden nicht auf Menschen, Tiere und Pflanzen einwirken können. Die Notwendigkeit schließlich, über lange Zeit hinweg wirksame polizeiliche und technische Kontrolleinrichtungen zu schaffen, begünstigt möglicherweise Tendenzen, die Nachteile für die persönliche Freiheit der Bürger befürchten lassen.

Wir stehen hier vor schweren ethischen Konflikten. Erscheint einerseits die Nutzung der Kernenergie mit ihren besonderen Risiken problematisch, so ist andererseits der weitere Verbrauch der traditionellen Brennstoffe – vor allem des Erdöls – zur Energieversorgung in der bisherigen Art nicht zu verantworten. Aber auch die Stabilisierung der Energieerzeugung auf dem gegenwärtigen Stand oder gar deren Drosselung wären jedenfalls dann bedenklich, wenn dadurch schwere politische, soziale und gesamtwirtschaftliche Rückschläge einträten oder den Völkern in den Entwicklungsländern die für die Beseitigung von Armut und Elend und den Aufbau einer stabilen Wirtschaft und Infrastruktur erforderlichen Mittel vorenthalten würden. Angesichts des beim Einsatz der Kernenergie verbleibenden Restrisikos und der dramatischen Verknappung der konventionellen Energieträger ist es in jedem Fall unverantwortlich, Energie weiterhin in dem gewohnten Umfang zu verschwenden. Die Energiesituation verpflichtet alle Menschen dazu, mit diesem kostbaren Gut künftig wesentlich sparsamer und bedachtsamer als bisher umzugehen und die vorhandene Energie besser auszunutzen. Dies gilt vor allem für die Menschen in den Industriestaaten, besonders auch in der Bundesrepublik Deutschland.

Darüber hinaus zwingt die Energiesituation aber auch dazu, neue Möglichkeiten der Nutzung umweltfreundlicher Energiearten, etwa der Wind-, Sonnen- und Gezeitenenergie sowie der Erdwärme, zu fördern und Abwärme systematisch zu nutzen. Die dabei entstehenden Einschränkungen und Schwierigkeiten dürfen kein Hindernis sein, die große Aufgabe einer Sicherung der langfristigen Interessen der Menschheit energisch aufzugreifen und zu lösen. Insgesamt muß eine verantwortliche Energiepolitik eine Entwicklung fördern, die – auf einer vertretbaren Verminderung des Energieverbrauchs aufbauend – langfristig zu einer vorrangigen Nutzung erneuerbarer Energiequellen führt.

Ob dabei der Ausbau der Kernenergiewirtschaft notwendig ist und ethisch verantwortet werden kann, hängt von der Beantwortung einer Vielzahl von Sachfragen ab. Diese Antworten können nicht von der Kirche, sondern müssen von den Fachleuten gegeben werden. Solche Fragen betreffen beispielsweise Bereiche der Strahlenmedizin und Humangenetik, der Reaktortechnik und Entsorgung, der Sicherheitskontrolle und Überwachungstechnik, aber auch die sozialen, beschäftigungs- und wirtschaftspolitischen Folgen einer Nutzung oder Nichtnutzung der Kernenergie. In gleicher Weise müssen auch die Möglichkeiten, Risiken und Folgen des Einsatzes alternativer Energiequellen geklärt werden. Die Gegenüberstellung des Für und Wider beim Einsatz der Kernenergie läßt diese Folgerungen zu: Sollte sich ergeben, daß ohne die Nutzung der Kernenergie tatsächlich die lebenswichtige Energieversorgung nicht mehr sichergestellt und dadurch eine schwerwiegende Beeinträchtigung individuellen und gesellschaftlichen Lebens zu befürchten wäre, so wäre trotz der Risiken eben diese Kernenergienutzung vertretbar, wenn höchstmögliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind. Sollte sich aber herausstellen, daß die befürchtete Energielücke durch Einsparungen, rationelleren Energieeinsatz, intensivere Nutzung erneuerbarer Energiequellen oder auf sonstige vertretbare Weise vermieden werden kann, wäre der Ausbau der Kernenergie mit seinen Risiken nicht zu verantworten.

Unter allen sich anbietenden Lösungen des Energieproblems muß immer diejenige gewählt werden, die am ehesten geeignet ist, menschenwürdiges Dasein und die Vielfalt des Lebens jetzt und auch in Zukunft zu gewährleisten. An diesem Gesichtspunkt haben sich auch betriebliche, arbeitsmarktpolitische oder örtlich begrenzte Interessen auszurichten.

Die heute anstehenden energiepolitischen Entscheidungen stellen

höchste Ansprüche an das Verantwortungsbewußtsein aller. Die Verantwortlichen in den Unternehmen der Energieerzeugung müssen bei ihren wirtschaftlichen Entscheidungen berücksichtigen, daß die Entwicklung und Erzeugung von Kernenergie die Zukunft und die Lebenschancen aller Bürger wesentlich betreffen. Für sie gilt deshalb in besonderer Weise die Mahnung, „nicht das, was technisch möglich ist, anzustreben, nicht das, was den größten Gewinn verspricht, sondern das vor Gott und den kommenden Generationen Verantwortbare“ (Erklärung der europäischen Bischofskonferenzen „Wort zu Europa“). Wissenschaftler und Techniker müssen sich dessen bewußt sein, wieviel von ihrem Tun und der Weitergabe ihres Wissens für das Zustandekommen sachgerechter und ethisch verantwortbarer Lösungen abhängt; verantwortungsbewußt können sie nur handeln, wenn sie auch die Grenzen ihres Wissens nicht verschweigen. Die Politiker müssen ihre Entscheidungen verstärkt im Hinblick auf das zukunftsorientierte Gesamtwohl der Menschen – auch in den anderen Ländern Europas wie der ganzen Welt – treffen. Sie haben dafür Sorge zu tragen, daß die Entscheidungsspielräume nicht eingengt, sondern offengehalten und möglichst erweitert werden. Gerade im Energiebereich müssen Entscheidungen revidierbar sein für den Fall, daß sich ihre Fehlerhaftigkeit herausstellt. Nicht zuletzt haben die Verantwortlichen die offene Diskussion zu fördern und die Entscheidungsfindungsprozesse transparent zu machen. Um in diesem Sinne verantwortlich handeln und entscheiden zu können, bedürfen die Unternehmer, Wissenschaftler, Techniker und Politiker auch der festen Unterstützung und Hilfe durch kritische und problembewußte Bürger.

Die Kirche begrüßt und unterstützt alle Bemühungen, in der Energiediskussion ethischen Wertmaßstäben Geltung zu verschaffen.

## Worauf beruht die energiepolitische Krise?

### Erklärung des Rates der EKD zur gegenwärtigen Energie-Diskussion

I. Die Kirche nimmt in den verwickelten Fragen der Energiepolitik keine fachliche Kompetenz für sich in Anspruch. Kein kirchliches Wort kann den Sachverständigen und den zu Entscheidungen befugten Persönlichkeiten in Staat und Gesellschaft ihre Verantwortung abnehmen. Jeder denkbare weitere Weg in der Energiepolitik bringt Unsicherheiten und Gefahren mit sich. Darum bewegt uns die Sorge, daß bei den Trägern der Verantwortung der Mut zu der sachlich gebotenen Entscheidung und bei den Menschen in unserem Land die Bereitschaft zur Annahme einer solchen Entscheidung durch Angst vor der künftigen Entwicklung gelähmt wird. Ängste sehr verschiedener Art, verbunden mit Ratlosigkeit und mit einem wachsenden Zweifel an der Machbarkeit aller Dinge, gehören überhaupt zu den Kennzeichen des Lebens von heute.

Die Gegner von Kernkraftanlagen befürchten, daß durch eine mangelhaft beherrschte Technik, menschliches Versagen oder gar gezielte Beschädigung von Anlagen eine Radioaktivität ausgelöst wird, die unabsehbare Schäden für die gegenwärtige und für künftige Generationen verursacht. Für sie hat alles Fortschrittsdenken an Anziehungskraft verloren. Auf der anderen Seite stehen die Befürworter der nuklearen Anlagen, die mit nicht geringerer Sorge in die Zukunft sehen. Sie verweisen auf kaum beherrschbare menschliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen, die ein Verzicht auf weiteres Wachstum der Energiewirt-

schaft mit sich bringen kann: Einschränkung der industriellen Produktion und eine Schwächung der Stellung der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt, auf den sie angewiesen ist; daraus würde sich nicht nur eine Senkung unseres Lebensstandards, sondern auch eine Erhöhung der heute schon beunruhigenden Arbeitslosigkeit ergeben können, zumal für die junge, jetzt dem Schulalter entwachsende Generation.

Keine der hier angedeuteten Gefahren darf mit leichter Hand beiseite geschoben werden. Für die Bewältigung der Zukunft ist aber Angst ein schlechter Ratgeber. Sie läßt sich nur mit einer von Gott geschenkten Zuversicht überwinden, die über die Grenzen und die Endlichkeit dieser Welt hinausgreift.

II. Eine Versachlichung der Diskussion ist das Gebot der Stunde. Dazu soll hier ein Beitrag gegeben werden.

1. Die Energiepolitik der Industriestaaten ist eines jener Felder, auf denen die Verantwortung des Menschen für seine Umwelt, seine Mitwelt (insbesondere auch für die Dritte Welt) und seine Nachwelt besonders augenfällig wird. Einerseits bringt jeder Verbrauch von Energie ökologische Belastungen des menschlichen Lebensraumes mit sich, die auf die Dauer unerträglich werden könnten. Andererseits verbraucht der Mensch gegenwärtig vorzugsweise solche Formen der Energie, deren Vorrat nicht be-